

Europas Selbstmord: Der Wirtschaftskrieg gegen Russland



1. Februar 2024 | Patrik Baab

Die deutsche Regierung träumt von einer umfassenden Integration der Ukraine in die EU, von einer prosperierenden Nachkriegs-Ukraine. Ein „vertrauliches Memorandum“, das das Auswärtige Amt gemeinsam mit dem Wirtschaftsministerium bei der *London School of Economics* in Auftrag gegeben hat, zielt darauf ab, den Wiederaufbau unter Führung der Privatwirtschaft durch eine aktive deutsche Industriepolitik zu unterstützen. Der Technologietransfer soll dabei eine zentrale Rolle spielen. Der Staat würde das Risiko für Investitionen absichern:

Für die deutsche Seite ist es eine intellektuelle Herausforderung, darüber nachzudenken, wie diese Rahmenbedingungen auf die Bedürfnisse eines Landes mit niedrigem mittleren Einkommen, das sich in einem totalen Krieg befindet, zugeschnitten werden können, und eine entwicklungspolitische Herausforderung, d.h. die Notwendigkeit, der Ukraine bei der Verfolgung einer industriellen Strategie zu helfen und die Industrie des Landes z.B. durch Technologietransfer direkt zu unterstützen ... Das fundamentale Risiko für Eigentum und Menschen macht die Bereitstellung von Versicherungen durch den privaten Sektor unrentabel. In diesem Zusammenhang verfügen nur Staaten über die notwendigen Bilanzen, um Investitions- und Handelsrisiken glaubwürdig zu versichern. [Luke Cooper, After the Ukraine Recovery Conference 2023: Lehren und Themen für 2024. Vertrauliches Memo. London School of Economics, 2023]

In dem Memo wird eine enge Zusammenarbeit mit USAID und der Friedrich-Ebert-Stiftung vorgeschlagen. Der Wiederaufbau liegt im Interesse der großen deutschen Unternehmen. Deshalb soll

in einem Niedriglohnland, in der Ukraine, eine verlängerte Werkbank eingerichtet werden. Doch die Träume von einem „neuen Singapur in Kiew“ zeigen nur, dass die Regierungskoalition in Berlin den Bezug zur Realität verloren hat. [„Ein neues Singapur in Kiew“: Das war der Tenor eines vertraulichen Expertengesprächs auf Regierungsebene im Herbst 2023.] Offenbar werden die externen Kosten für den deutschen Steuerzahler überhaupt nicht bewertet.

Ich werde daher versuchen, die wirtschaftlichen Folgen des Krieges in der Ukraine nach den bisher bekannten Studien und Prognosen zu beschreiben:

1. Die Dimensionen des Krieges
2. Die wirtschaftliche Lage in der Ukraine
3. Die Folgen eines EU-Beitritts der Ukraine
4. Die Auswirkungen der Sanktionen gegen Russland
5. Die Folgen für die deutsche Wirtschaft
6. Die wirtschaftlichen und geostrategischen Gründe für den Krieg
7. Gewinner und Verlierer des europäischen Selbstmords
8. Schlussfolgerungen und politische Maßnahmen

1. Dimensionen des Krieges

„Der Krieg ist niemals ein isolierter Akt“, schrieb Carl von Clausewitz. Er muss in einem politischen Kontext gesehen werden. Neben der militärischen Dimension gibt es auch die wirtschaftliche Dimension und den Propagandakrieg.

1.1. Militärische Dimension

Bei der militärischen und geostrategischen Dimension geht es in erster Linie um die Operationen auf dem Schlachtfeld, also um das, was die Briten „the theater of war“ nennen. Dazu gehört auch die Situation in Polen, den baltischen Staaten, Rumänien und rund um das Schwarze Meer. Der Krieg im Gaza-Streifen überschneidet sich auch mit dem Ukraine-Russland-Konflikt. Das betrifft insbesondere die Versuche der USA, Deutschland immer tiefer in diesen Krieg hineinzuziehen. Bald wird wohl der Befehl kommen: „Deutsche an die Front!“ – wie beim Boxeraufstand in Quingdao (Tsingtau) im Jahr 1900.

Auch die Diskussion um die Lieferung von deutschen Taurus-Marschflugkörpern ist noch nicht beendet. Sollten die Ukrainer mit ihnen die Kertsch-Brücke angreifen, könnte dies eine schwer kalkulierbare Eskalation auslösen. Was Clausewitz zu Beginn des 19. Jahrhunderts nicht vorhersehen konnte, war das Risiko einer nuklearen Eskalation. Der US-amerikanische Politikwissenschaftler John J. Mearsheimer [weist auf Folgendes hin](#):

Ein russischer Sieg verringert das Risiko eines Atomkriegs erheblich, da eine nukleare Eskalation am wahrscheinlichsten ist, wenn die ukrainischen Streitkräfte Siege auf dem Schlachtfeld erringen und drohen, alle oder die meisten der Gebiete, die Kiew an Moskau verloren hat, zurückzuerobern. Die russische Führung würde sicherlich ernsthaft über den Einsatz von Atomwaffen nachdenken, um die Situation zu retten.

Erfahrene Militärs sagen Ähnliches, z.B. der ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr, [Harald Kujat](#):

Sollte jedoch eine der beiden Seiten die Lage anders einschätzen, was unwahrscheinlich ist, könnte eine solche Fehlentscheidung katastrophale Folgen für den europäischen Kontinent haben. Denn nach der derzeitigen Doktrin würde jede Seite versuchen, eine drohende konventionelle Niederlage durch den erstmaligen Einsatz von Atomwaffen abzuwenden.

NATO-Generalsekretär Jens Stoltenberg erklärte am 7. September 2023 vor dem EU-Parlament, dass Putin einen Verzicht auf die NATO-Erweiterung im Gegenzug zum Verzicht auf den Einmarsch in der Ukraine vorgeschlagen habe. Der russische Präsident hatte der NATO im Herbst 2021 einen Vertragsentwurf übermittelt, den die NATO unterzeichnen sollte:

Der Hintergrund war, dass Präsident Putin im Herbst 2021 erklärte und tatsächlich einen Vertragsentwurf schickte, den die NATO unterzeichnen sollte, um zu versprechen, dass die NATO nicht mehr erweitert wird. Das war es, was er uns geschickt hat. Und das war eine Vorbedingung dafür, nicht in die Ukraine einzumarschieren. Natürlich haben wir das nicht unterschrieben. Das Gegenteil war der Fall. Er wollte, dass wir das Versprechen unterschreiben, die NATO niemals zu erweitern. Er wollte, dass wir unsere militärische Infrastruktur in allen Verbündeten, die der NATO seit 1997 beigetreten sind, abbauen, d.h. die Hälfte der NATO, ganz Mittel- und Osteuropa, wir sollten die NATO aus diesem Teil unseres Bündnisses abbauen und eine Art B-Mitgliedschaft oder Mitgliedschaft zweiter Klasse einführen. Das haben wir abgelehnt. Also zog er in den Krieg, um die NATO, mehr NATO, in der Nähe seiner Grenzen zu verhindern.

Das bedeutet: Erstens handelt es sich nicht um einen „unprovokierten Angriffskrieg“, sondern die NATO hat ihn provoziert. Zweitens: Es ist ein Stellvertreterkrieg, bei dem es im Wesentlichen um die Osterweiterung der NATO geht. Jens Stoltenberg [sagt das deutlich](#):

Denn wenn Präsident Putin in der Ukraine gewinnt, ist das eine Tragödie für die Ukrainer, aber es ist auch gefährlich für uns. Es sendet die Botschaft aus, dass sie, wenn sie militärische Gewalt anwenden, bekommen, was sie wollen: autoritäre Führer. Es liegt also in unserem Sicherheitsinteresse, die Ukraine zu unterstützen, und deshalb bin ich äußerst dankbar für all die Unterstützung, die die EU-Mitglieder, die EU und die NATO-Verbündeten der Ukraine gewähren.

Insbesondere nach den Friedensgesprächen in Istanbul im März und April 2022 gibt es im Kreml kein Vertrauen mehr in die westliche Politik. Bis heute leugnet die Mainstream-Presse in Deutschland, dass diese Gespräche stattgefunden haben. Dabei hätte man nur die US-Zeitschrift *Foreign Affairs* lesen müssen. Im September 2022 erschien dort ein [Artikel](#) von Fiona Hill. Sie ist Senior Fellow an der *Brookings Institution* in Washington, ehemaliges Mitglied des Nationalen Sicherheitsrates und Beraterin von drei US-Präsidenten. Fiona Hill schreibt:

Nach Angaben mehrerer ehemaliger hochrangiger US-Beamter, mit denen wir sprachen, schienen sich russische und ukrainische Unterhändler im April 2022 vorläufig auf die Grundzüge einer ausgehandelten Zwischenlösung geeinigt zu haben: Russland würde sich auf seine Position vom 23. Februar zurückziehen, als es einen Teil der Donbass-

Region und die gesamte Krim kontrollierte, und im Gegenzug würde die Ukraine versprechen, keine NATO-Mitgliedschaft anzustreben und stattdessen Sicherheitsgarantien von einer Reihe von Ländern zu erhalten.

Der ehemalige deutsche Bundeskanzler Gerhard Schröder, der ebenfalls an den Friedensgesprächen beteiligt war, [kommentierte dies](#): „Aber am Ende ist nichts passiert. Mein Eindruck: Es konnte nichts passieren, weil alles andere in Washington entschieden wurde.“

Der Westen hat eine Einigung verhindert, die bereits erzielt worden war. Das ist einfach Teil des [Forschungsstandes](#). Für ein solches unterschriftsreifes Abkommen gibt es mindestens sechs verschiedene, unabhängige Quellen, von denen drei direkt am Verhandlungsprozess beteiligt waren. Auch Aleksander Chalych, Mitglied der Kiewer Verhandlungsdelegation, bestätigte, dass ein Istanbul-Kommuniqué über eine friedliche Beilegung des Konflikts [paraphiert worden sei](#). Internationale Experten sind sich einig, dass sich die Ukraine entgegen den Versprechungen von US-Präsident Joe Biden nun in einer viel schlechteren [Verhandlungsposition](#) befindet: Kiew hat während der Sommeroffensive mehr Territorium verloren als es zurückerobert hat.

Im Dezember 2023 rückten die russischen Truppen an der [gesamten Front](#) vor: Sie hatten die Festung Mariinka außerhalb von Donezk eingenommen, Awdijiwka nordwestlich von Donezk war eingekesselt, Bachmut war erobert worden, und sie rückten auf Slawjansk im Norden vor. Eine strategische Initiative war jedoch nicht erfolgreich. Zur Jahreswende 2023/24 [kontrollierte Russland](#) rund 18 Prozent des ukrainischen Territoriums.

Moskau hat sich auf einen langen Krieg eingestellt. Präsident Putin sitzt fest im Sattel; politisch ist er [noch stärker](#) als militärisch. Ein Staatsstreich ist in Russland nicht zu erwarten. Das Ziel des Kremls bleibt Entmilitarisierung, Entnazifizierung und ein Regimewechsel in Kiew: „Die Sonderoperation wird fortgesetzt, ihr Ziel bleibt die Entwaffnung der ukrainischen Truppen und die Ablehnung der Ideologie des Neonazismus durch den derzeitigen ukrainischen Staat. Der Sturz des herrschenden Bandera-Regimes ist ein eindeutig unerklärtes, aber entscheidendes und unvermeidliches Ziel, das erreicht werden muss und wird.“

Der stellvertretende Vorsitzende des Sicherheitsrates, Dmitri Medwedew, erklärte, Odessa, Dnipropetrowsk, Charkiw, Mykolajiw und Kiew seien „russische Städte“. Daraus lassen sich weitere Kriegsziele und territoriale Ansprüche ableiten. [Russlands Plan](#) ist es, ein umfassendes Abkommen mit dem Westen zu erreichen oder weiter in Richtung der genannten Ziele vorzustoßen.

Die Ukraine kontrolliert den westlichen Teil des Schwarzen Meeres und hat sich eine Handelsroute durch den Bosphorus gesichert. Doch die Sommeroffensive ist gescheitert. Laut dem Militäranalysten [Jacques Baud](#) war dies auch in Washington von Anfang an klar. Baud zufolge ging es nicht um einen Erfolg für die Ukraine, sondern darum, Russland in einem Zermürbungskrieg zu schwächen.

In Wirklichkeit führt Russland einen Stellvertreterkrieg gegen die NATO, den diese zu verlieren droht. Seymour Hersh [zitiert](#) einen hochrangigen US-Geheimdienstmitarbeiter mit den Worten:

Der Krieg ist vorbei. Russland hat gewonnen. Es gibt keine ukrainische Offensive mehr, aber das Weiße Haus und die amerikanischen Medien müssen diese Lüge aufrechterhalten. Die Wahrheit ist, dass die ukrainische Armee meutern würde, wenn man ihr befehl-

len würde, die Offensive fortzusetzen. Die Soldaten sind nicht mehr bereit, zu sterben, aber das passt nicht zu dem Blödsinn, den das Weiße Haus unter Biden verzapft.

Dennoch sind in Washington keine Zugeständnisse zu erwarten. Die militärische Konfrontation geht weiter. Der Krieg ist zu einer Abnutzungsschlacht geworden. Keine der beiden Seiten wird nachgeben: [Moskau betrachtet](#) die NATO-Mitgliedschaft der Ukraine als existenzielle Bedrohung. Washington hält an der NATO-Mitgliedschaft der Ukraine, der Rückeroberung der von Russland besetzten Gebiete und dem Ziel eines Regimewechsels in Moskau fest.

In der russischen [Fachliteratur](#) wird erklärt, dass der Westen der Ukraine „strategische Tiefe“ verschafft, indem er Waffen, Satellitendaten, Ausbildung und finanzielle Hilfe liefert: „Tatsächlich spielt die Ukraine die Rolle einer Speerspitze, mit der der Westen Russland treffen, schwächen und im Erfolgsfall zerstören und in seiner jetzigen Form vernichten will. Der aktuelle Konflikt birgt das Potenzial für einen direkten bewaffneten Konflikt, einschließlich einer nuklearen Eskalation.“ Ein Kompromiss ist daher de facto ausgeschlossen.

1.2 Propagandakrieg

[Propaganda](#) ist Teil der psychologischen Kriegsführung: Die NATO nennt sie „kognitive Kriegsführung“: „Während in den fünf militärischen Bereichen (Land, See, Luft, Weltraum und Cyber) Aktionen durchgeführt werden, um Menschen zu beeinflussen, zielt die ‚kognitive Kriegsführung‘ darauf ab, jeden Menschen als Waffe einzusetzen.“ Ziel ist es, die Schwachstellen des menschlichen Gehirns auszunutzen und die Psyche der Menschen durch tiefgreifende Indoktrination so zu manipulieren, dass sie „kriegsbereit“ und gegen rationales Denken immunisiert werden. Die Mainstream-Medien spielen dabei eine zentrale Rolle.

Sie dämonisieren Putin, sprechen von einem „unprovokierten Angriffskrieg“ und beschuldigen Russland, allein für den Krieg verantwortlich zu sein, diskreditieren abweichende Meinungen und folgen der staatlichen Propaganda. „Die Ursachen für die verzerrte Darstellung der Realität“, so der [ehemalige Generalinspekteur der Bundeswehr](#), General Harald Kujat, „sind die unreflektierte Übernahme von Desinformationen, vor allem aber Inkompetenz und ideologische Verblendung.“

Es gibt tatsächlich einen journalistischen Untergrund in einer Landschaft verlogener Konformität, deren Vertreter an den Rand gedrängt werden. Die Aufgabe der Mainstream-Medien besteht darin, die Wahrheit zu verzerren und die Illusion von Demokratie und Pressefreiheit aufrechtzuerhalten: „Es gibt einen journalistischen Untergrund ... in einer Landschaft verlogener Konformität. Andersdenkende Journalisten wurden aus dem ‚Mainstream‘ ausgegrenzt ... die Aufgabe der Medien ist es, die Wahrheit zu verdrehen und die Illusionen der Demokratie, einschließlich der ‚freien Presse‘, aufrechtzuerhalten“ (der verstorbene, große [John Pilger](#)).

Die **Gleichschaltung** des deutschen Journalismus mit der Kriegspropaganda der Nato ist erschreckend, nicht nur wegen der Primitivität der tiefen Indoktrination und ihrer postfaktischen Struktur, sondern mehr noch wegen der blinden Unterwerfung unter ihren intoleranten Exklusivitätsanspruch:

Auf ihrem Gipfeltreffen im Juni in Madrid hat die von den USA kontrollierte Nato ein Strategiedokument verabschiedet, das den europäischen Kontinent militarisiert und die Aussicht auf einen Krieg mit Russland und China eskalieren lässt. Darin wird ein mul-

tidisziplinärer Kampf gegen atomar bewaffnete Konkurrenten vorgeschlagen. Mit anderen Worten: Atomkrieg. Es heißt: „Die Nato-Erweiterung war ein historischer Erfolg.“ Das habe ich ungläubig gelesen. Ein Maß für diesen ‚historischen Erfolg‘ ist der Krieg in der Ukraine, über den meist nicht berichtet wird, sondern eine einseitige Litanei aus Hurratriotismus, Verzerrung und Auslassung. Ich habe über eine Reihe von Kriegen berichtet und habe noch nie eine so pauschale Propaganda erlebt. (John Pilger, [Silencing the Lambs. How Propaganda Works](#)).

Aber das zeigt nur den Grad der Selbstgleichschaltung, der vom Talkshow-Moderator bis zum Vorstandsvorsitzenden, vom Rundfunkdirektor bis zum Redakteur, vom Auslandskorrespondenten bis zum Wald-und-Wiesen-Reporter reicht. In ihrem Verzicht auf nüchterne Forschung und rationale Argumentation gleichermaßen unterscheiden sie sich von anderen akademischen Handlangern nur in der Form ihrer Aggressivität. Einen falsifikatorischen Killerinstinkt entwickeln sie erst, wenn es darum geht, Andersdenkende zu ächten.

Dies entlarvt den Mangel an Würde der Medien. Sowohl die öffentlich-rechtlichen Medien als auch die Konzernmedien werden so zu, wie Günter Grass es in seiner Princeton-Rede einmal formulierte, „Hofnarren unter Berücksichtigung nicht vorhandener Gerichte“ – zu NATO-Hofnarren. Die Mainstream-Medien lügen durch Unterlassung, schieben die Aggression der Bevölkerung über soziale Missstände auf äußere Feinde und peitschen so die Menschen in eine Kriegshysterie. Sie sind zu den zentralen Kriegstreibern geworden [[Mark Galliker](#), [Patrik Baab](#) und [hier](#), [Roberto J. De Lapuente](#)].

Die Propagandamedien können jedoch nur in Verbindung mit anderen ideologischen Apparaten wirksam sein. Denn die Staatsapparate sind nicht neutral, sondern sichern die Bedingungen für die Reproduktion des Kapitals. Sie schützen also nicht die Menschen vor dem Markt, sondern den Markt vor den Menschen. Wie die repressiven Staatsapparate Justiz, Militär und Polizei sorgen auch die ideologischen Staatsapparate wie Schulen, Universitäten, NGOs, Kirche und Medien (auch wenn sie privat- oder öffentlich-rechtlich organisiert sind) für die Loyalität der Bürger gegenüber dem Staat und der marktkapitalistischen Gesellschaftsordnung. Sie funktionieren wie [kommunizierende Röhren](#).

Darüber hinaus verschärft die EU-Kommission mit dem sogenannten *Media Freedom Act* die Zensur in der EU. Sie übernimmt faktisch die Medienaufsicht, obwohl diese in der Verantwortung der Mitgliedstaaten liegt. Mit dem *Digital Services Act* und dem *Code of Practice on Countering Disinformation* vom Juni 2022 übt die EU-Kommission bereits Zensur aus. Online-Plattformen wie Meta, Google, Twitter, TikTok und Microsoft, aber auch viele andere Akteure haben sich dem angeschlossen. Sie haben sich verpflichtet, Anbieter, die **nach Ansicht der Kommission** Desinformationen verbreiten, als nicht vertrauenswürdig zu kennzeichnen, Werbeeinnahmen zu blockieren und dies der Kommission [zu melden](#). Auf Anweisung der Kommission müssen solche Informationen dann gelöscht werden. **Dies ist die Privatisierung der Zensur.**

1.3. Wirtschaftskrieg

Der dritte Bereich ist der Wirtschaftskrieg, den die USA, die NATO und die EU seit 2014 gegen Russland führen. Dazu gehören die Situation in der Ukraine, die Auswirkungen auf Russland, die Auswirkungen in der EU und die konkreten Auswirkungen auf die Bundesrepublik Deutschland.

2. Die wirtschaftliche Lage in der Ukraine

Die Ukraine ist der größte Verlierer des Krieges. Die Bevölkerung ist seit 1991 von 52 Millionen auf 31 Millionen zurückgegangen. Die durch den Krieg verursachten Schäden sind immens. Die Bevölkerung ist verarmt. Der Durchschnittslohn ist in 30 Jahren durch die Integration in den Westen von rund 400 Euro auf 200 Euro gesunken. Der Westen hat Russland auf Kosten der Ukraine bekämpft.

Die ukrainischen Verluste sind hoch. Quellen sprechen inzwischen von einer Gesamtzahl von bis zu 500.000 Soldaten, was Stoltenberg vor dem EU-Parlament nicht dementiert hat. Ein ukrainischer [Mobilfunkanbieter](#) hat aus verschiedenen Schätzungen und Daten über gelöschte SIM-Karten hochgerechnet, dass bis zu 400.000 ukrainische Soldaten bereits im Einsatz gefallen sein könnten.

Maryana Bezuha, stellvertretende Vorsitzende des Rada-Ausschusses für nationale Sicherheit, Verteidigung und Aufklärung, [erklärte](#), dass alle fünf Minuten ein ukrainischer Soldat verwundet oder getötet wird. Dies entspräche einer Rate von 288 pro Tag oder 8.640 pro Monat. Bis Dezember 2023 würde dies eine Gesamtzahl von 210.000 Mann in etwas mehr als 22 Kriegsmonaten bedeuten. Dabei handelt es sich um ungefähre Zahlen; beide Seiten halten die tatsächliche Zahl der Gefallenen geheim.

Auf der Konferenz zum Wiederaufbau der Ukraine in Lugano (Schweiz) im Juli 2022 bezifferte die Ukraine die [Kosten für den Wiederaufbau](#) auf 750 Milliarden Euro. Es ist unklar, wie hoch die tatsächliche Summe sein wird, da der Krieg noch nicht vorbei ist.

In der Ukraine gibt es drei Wirtschaftsregionen, die sich in Bezug auf die Armut vor dem Krieg annäherten, aber auch extreme Unterschiede aufwiesen:

- die Rostgürtelregion im Zentrum und Osten, wo die Industrieproduktion nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion stark zurückging und die Durchschnittslöhne im Vergleich zu 1990 um 80 Prozent sanken.
- Die Dienstleistungsregion in Kiew und Charkiw, wo sich ein moderner Finanz- und Digitalsektor entwickelte,
- und im Süden ein starker Sektor mit Transport- und Verkehrsdienstleistungen am Dnipro und Schwarzen Meer bis nach Sewastopol auf der Krim.
- Und die landwirtschaftlichen Regionen im industriell unterentwickelten Zentrum mit den fruchtbaren Schwarzerdeböden.

Schon zu Sowjetzeiten spielte die Ukraine eine wichtige Rolle bei Titan und Uran. Die Mangan- und Eisenerzreserven gehören zu den größten der Welt, ebenso die Quecksilbererzvorkommen. Dies ist auch für die EU von Bedeutung:

Um von Importen aus Russland [unabhängig zu werden](#), ist auch Schiefergas wichtig, vor allem als Übergangstechnologie und für zukünftige Spezialanwendungen wie die Düngemittelproduktion. Besonders hervorzuheben ist die Bedeutung des Titans: Die Ukraine ist derzeit eines von fünf Ländern weltweit, die Titanerzmineralkonzentrate (Ilmenit⁵ und Rutil⁶) fördern. Auf dem Territorium der Ukraine befinden sich mehr als

30 Titanvorkommen, von denen einige in Produktion sind und andere eingehend erforscht werden.

Was das landwirtschaftliche Potenzial anbelangt, so ist die Ukraine eines der [reichsten Länder](#) der Welt und einer der führenden Erzeuger und Exporteure. Die Ackerfläche der Ukraine ist dreimal so groß wie die von Polen und Rumänien. Sie umfasste im Jahr 2021 insgesamt 32,9 Millionen Hektar und im Jahr 2023 aufgrund der Kriegsfolgen schätzungsweise 27,9 Millionen Hektar.

Es gibt auch ein großes industrielles Potenzial mit einer Vielzahl von spezialisierten Industrien, z.B. für Raketentriebwerke und Hochleistungsturbinen. Als Stahlproduzent verfügt die Ukraine über Werke wie Asow und Ilyich in Mariupol, Saporishstal in Saporischje, Kryvorizhstal in Dnepropetrovsk, Dneprospetstal in der Region Dnepro, das Khartsyzsk Rohrwerk in Donetsk, die Dnepropetrovsk Metallfabrik in Dnepro, das Metallurgiewerk Yenakiieve in der Region Donezk, das Rohrwerk Nikopol LLC in der Region Dnepropetrovsk, das Chemiewerk Avdiiv Coke in der Nähe von Donetsk und das Metallurgische Kombinat Dnepropetrovsk in der Region Dnepro.

Die gut ausgebaute Pipeline-Infrastruktur der Ukraine ist ebenfalls für den Transport von Wasserstoff geeignet und könnte in Zukunft zur Versorgung von Kunden innerhalb des Landes und in der EU genutzt werden. Das Stromnetz ist hochgradig integriert und hat viele Umgehungsmöglichkeiten für zerstörte Verbindungen im Falle russischer Angriffe geboten. Die Ukraine hat aus der Sowjetzeit ein effizientes Energiesystem mit Kernkraftwerken, Wärmekraftwerken und Wasserkraftwerken geerbt, das jedoch modernisiert werden muss.

Bei den Kernkraftwerken handelt es sich um Druckwasserreaktoren sowjetischer Bauart in Riwno (vier Blöcke, die 1980, 1981, 1986 und 2004 in Betrieb genommen wurden), Chmelnyk (2 Blöcke 1987 und 2004), der Südukraine (3 Blöcke, 1982, 1985 und 1989) und Saporischje (6 Blöcke, 1984, 1985, 1986, 1987, 1989 und 1995). Die Kernenergie liefert etwa die Hälfte des Stroms. Wärme- und Wasserkraftwerke spielen ebenfalls eine wichtige Rolle. Um ihre Nachhaltigkeitsziele zu erreichen, benötigt die Ukraine ausländische Investitionen, insbesondere in Sonnenkollektoren und Windkraftanlagen.

Die Ukraine verfügt über die weltweit größten Reserven an kommerziell nutzbarem Eisenerz – 30 Milliarden Tonnen oder ein Fünftel der weltweiten Gesamtmenge. Außerdem gibt es große Erdgas- und Erdölreserven, die noch weitgehend unerschlossen sind, und 4 Prozent der weltweiten Kohlereserven.

Die Weltbank hat die Ereignisse des ersten Kriegsjahres [untersucht](#) und festgestellt, dass die russische Invasion „einen unvorstellbaren Tribut von der ukrainischen Bevölkerung und der Wirtschaft des Landes gefordert hat, deren Aktivität im Jahr 2022 um atemberaubende 29,2 Prozent zurückging“. Sie schätzt, dass der Schaden 135 Milliarden US-Dollar übersteigt und dass rund 411 Milliarden US-Dollar für den Wiederaufbau der Ukraine benötigt werden. Die Armutsquote „stieg von 5,5 Prozent im Jahr 2021 auf 24,1 Prozent im Jahr 2022, was 7,1 Millionen Menschen mehr in die Armut stürzte und 15 Jahre des Fortschritts zunichte machte“. 62 Städte wurden zerstört, rund 8 Millionen Ukrainer sind aus dem Land geflohen, und es gibt rund 7 Millionen Binnenflüchtlinge. Die Vereinten Nationen haben 8.490 zivile Todesopfer bestätigt, gehen aber davon aus, dass die tatsächliche Zahl „erheblich höher“ ist.

Am Ende ist die Ukraine geteilt. Die von Russland besetzten Gebiete werden nicht zurückkehren. Es ist unklar, wo genau die Demarkationslinie verläuft. Die Russen werden versuchen, weiter vorzurücken (Odessa, nordöstlich des Dnjepr). Die Curzon-Linie gemäß dem Versailler Vertrag, die nach dem Frieden von Riga 1921 mit einigen Korrekturen als polnisch-sowjetische Demarkationslinie bestätigt wurde, wird von den russischen Truppen wahrscheinlich nicht erreicht werden. Sie liegt deutlich westlich von Kiew und stellt nach der Konferenz von Jalta die heutige Ostgrenze Polens dar. Die Curzon-Linie verlief deutlich westlich von Kiew.

Allein die Beseitigung von Minenfeldern und Streumunition dürfte Milliarden kosten. Auch die London School of Economics [schätzt](#) die Kosten für den Wiederaufbau auf 411 Milliarden US-Dollar, was 2,5 Mal höher ist als das Brutto sozialprodukt des Landes. Stattdessen werden die Ressourcen der Ukraine wahrscheinlich aus dem öffentlichen Sektor herausgenommen und privatisiert. **Die Beteiligung von Blackrock als Schulden- und Wiederaufbauverwalter bedeutet, dass das Land de facto in die Hände eines Finanzinvestors gefallen ist.**

Der im Exil lebende ukrainische Oppositionsführer Viktor Medwedtschuk [bezeichnet die Ukraine](#) als „europäisches Somalia“. Das Land stehe auf einer Liste der gefährlichsten Orte der Welt. Er verwies auf die Zwangsrekrutierung, die Zerstörung von mit Russland assoziierten Denkmälern, die aggressive anti-russische Rhetorik der Medien und die Folter: „All das geschah auf Geheiß des Westens, und es wurden Milliarden dafür ausgegeben, was westliche Politiker offen zugaben.“

3. Folgen des EU-Beitritts der Ukraine

Die Ukraine erhielt im Jahr 2023 mehr als 38 Milliarden Euro an internationaler Finanzhilfe. Nur so konnte das Land finanziell überleben und die Kosten des Krieges tragen – rund 120 Millionen Euro [pro Tag](#). Dennoch ist der Westen in der Frage weiterer Hilfen gespalten. Größere Hilfspakete wurden von Ungarn in der EU und von den Republikanern im US-Kongress blockiert. Infolgedessen übt Washington zunehmend Druck auf Russland aus, seine Auslandsguthaben in Höhe von rund 300 Milliarden US-Dollar für die Ukraine zu beschlagnahmen.

Moskau hat bereits angekündigt, dass es [in diesem Fall](#) auch ausländische, einschließlich deutsche, Vermögenswerte in Russland beschlagnahmen wird. Dies würde die Finanzierungsprobleme des Westens bei der Unterstützung der Ukraine lindern, dürfte aber vor allem auf Kosten der EU-Länder gehen. In Russland wird eine solche Beschlagnahmung als „Diebstahl“ bezeichnet, der das Vertrauen in den Westen weiter untergraben und damit „den Prozess der Entdollarisierung und Entwestlichung des Planeten weiter beschleunigen“ werde. Die USA, „denen es nicht gelungen ist, den größten Teil der Welt unter ihre Kontrolle zu bringen“, [sind bereit](#), „Europa für ihre eigene Rettung zu opfern“.

Seit dem 24. Januar 2022 hat allein Brüssel Finanzhilfen für die Ukraine in Höhe von 77,1 Milliarden Euro angehäuft. Hinzu kommen humanitäre Hilfe im Wert von 2,1 Milliarden Euro und militärische Unterstützung im Wert von 5,6 Milliarden Euro. Im Laufe des Jahres 2023 begann die Bereitschaft zu bröckeln, die Ukraine weiterhin im gleichen Umfang wie bisher zu unterstützen. Die Slowakei kündigte an, die Waffenlieferungen einzustellen, und in Polen kam es zu Protesten, weil ukrainisches Getreide und ukrainische Fahrer zu niedrigen Löhnen auf den Markt kamen. Ungarn weigerte sich, die nächsten 50 Milliarden Euro [für die Ukraine](#) freizugeben.

[Aktualisierung: Am 1. Februar 2024 wurden die 50 Milliarden nach Druckausübung auf Ungarn freigegeben, derweil vor der Parlamentstür in Brüssel die Bauern gegen die Vernichtung ihrer Existenz protestierten.)

Nach der gescheiterten Sommeroffensive soll Kiew nun mit der offiziellen Aussicht auf einen EU-Beitritt bei Laune gehalten werden. Doch das dürfte die EU teuer zu stehen kommen. Das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) geht davon aus, dass die Ukraine Anspruch auf umfangreiche Fördermittel aus dem EU-Haushalt hätte. Das Institut schätzt die finanziellen Auswirkungen einer Vollmitgliedschaft der Ukraine auf den laufenden Mehrjahreshaushalt der EU auf rund 130 bis 190 Milliarden Euro. Davon würden zwischen **70 und 90 Milliarden Euro auf Agrarsubventionen** und zwischen 50 und 90 Milliarden Euro auf die Kohäsionspolitik entfallen. Zum Vergleich: Der Mehrjahreshaushalt der EU für die Jahre 2021-2027 umfasst 1,216 Billionen Euro. [Die Wirtschaftler:](#)

Angesichts dieses Umfangs sollte die EU bereit sein, sich zu reformieren. Nur dann kann die politische Entscheidung, die Ukraine mit einer Beitrittsperspektive enger an die EU zu binden, glaubwürdig sein. Dies gilt zum einen auf der institutionellen Ebene, aber auch auf der fiskalischen Ebene. Eine Umschichtung im EU-Haushalt könnte helfen, die notwendigen finanziellen Mittel bereitzustellen.

Die Kohäsionspolitik basiert auf der Annahme, dass eine Umverteilung zwischen reicheren und ärmeren EU-Ländern stattfinden soll. Hier schlagen die Kölner „Ökonomen“ vor, die Mittel auf die ärmeren Länder zu konzentrieren. Damit stünden für die Ukraine über einen Zeitraum von sieben Jahren rund 140 Milliarden Euro zur Verfügung. Rechnet man die Kohäsions- und Agrarsubventionen hinzu, hätte die Ukraine Anspruch auf etwa 127 bis 187 Milliarden Euro bezogen auf den Mehrjahreshaushalt 2021-2027. Dies kann nicht ohne eine Umschichtung oder Aufstockung des Haushalts erreicht werden. Die reicheren Staaten müssten entweder mehr zahlen oder auf Leistungen verzichten.

Bei einer EU-Erweiterung um die Ukraine drohen massiver Sozialabbau, das Sterben von Großbauern und ein massiver Druck auf die Löhne in anderen Ländern. Es ist nicht auszuschließen, dass die EU dadurch zerfällt. Französische Abgeordnete haben bereits gehört, dass es am besten wäre, die EU so schnell wie möglich zu verlassen. Die Briten sagen: „Die EU wird so lange bestehen, wie die Deutschen zahlen.“ Der Großteil der Kriegslasten und der Kosten für den Wiederaufbau wird beim deutschen Steuerzahler landen. Auch die Bundesregierung hat dies nicht bewertet.

Im ostsächsischen Pirna gibt es 12 riesige, neue Getreidespeicher. Das Getreide aus Polen und der Ukraine wird dort per LKW angeliefert. Von Pirna aus werden die Lieferungen dann per Bahn an die verarbeitende Industrie in Hamburg und anderen Orten weitergeleitet. Hier zeigt sich das Problem. Wenn die Ukraine der EU beitrifft und die Zollschränken fallen, besteht die Gefahr, dass der europäische Markt mit billigen ukrainischen Agrarprodukten überschwemmt wird. Vergleichsweise niedrige Lohnkosten, die fruchtbaren Schwarzerdeböden und die Öffnung des ukrainischen Marktes für gentechnisch verändertes Saatgut sowie die großindustrielle Produktion durch Unternehmen wie Monsanto, Elli Lilly, Cargill und John Deere ermöglichen ein konkurrenzloses Angebot an Agrarprodukten. Der Landraub durch ausländische Konzerne in der Ukraine bedeutet, dass die Landwirte in der gesamten EU unter Druck geraten, weil sie nicht mehr zu Marktpreisen produzieren können.

Dies wird zu einer weiteren Konzentration in der Landwirtschaft und zum Aussterben der Betriebe führen.

Es wird nicht erwartet, dass die Ukraine kurzfristig der EU beitrifft. Aber Washington übt Druck aus, damit die Kosten des Krieges auf die Union abgewälzt werden können. Dann wird Europa zu einer Ansammlung von gescheiterten Staaten im Geiste der Co-Transformation zerfallen. Eine Verarmung der gesamten EU und harte soziale Einschnitte werden folgen. Ein Auseinanderbrechen der EU ist nicht auszuschließen. Europa wird nicht nur zu Washingtons Hinterhof, sondern auch zu Moskaus Hinterhof. Das zeigt, dass der US-Imperialismus für Europa eine Sackgasse ist.

4. Die Auswirkungen der Sanktionen auf Russland

Als Reaktion auf den völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine hat die EU noch nie dagewesene Sanktionen verhängt. Sie ergänzen die bestehenden Maßnahmen, die seit 2014 aufgrund der Annexion der Krim durch die Russische Föderation eingeleitet wurden. Dazu gehören Sanktionen gegen Einzelpersonen, Wirtschaftssanktionen und Visa-Maßnahmen. Sie gelten nun für 1.950 Institutionen und Personen, darunter Präsident Putin, Außenminister Lawrow, Befehlshaber der Wagner-Gruppe, Oligarchen, Beamte, Militärangehörige und „anti-ukrainische Propagandisten“, sowie Banken, Unternehmen und Parteien.

Die Wirtschaftssanktionen betreffen u. a. die Ausfuhr von Spitzentechnologie, Fahrzeugen, den Energiesektor und von Gütern, die auch für militärische Zwecke verwendet werden können, sowie die Einfuhr von Erdölprodukten, Kohle, Stahl, Gold und Diamanten in die EU. Dienstleistungen wie Wirtschaftsprüfung, IT-Beratung, Rechtsberatung, Software und Ingenieurdienstleistungen dürfen nicht mehr erbracht werden. Der Ölimportstopp gilt mit Ausnahmen für die Seewege und betrifft 90 Prozent der russischen Lieferungen. Für den Ölpreis wurde eine Obergrenze von 60 Dollar pro Barrel festgelegt. Der Transport durch EU-Schiffe ist verboten. Bis Ende 2023 sind 12 Sanktionspakete [in Kraft](#).

Bereits vor der Invasion gab es 2.695 Sanktionen gegen russische Privatpersonen, Unternehmen oder staatliche Einrichtungen. Seit dem 22. Februar 2022 sind 12.077 neue Strafmaßnahmen [hinzu-gekommen](#). Am schwersten wog sicherlich der Ausschluss russischer Banken aus dem globalen Finanzkommunikationssystem SWIFT und das Einfrieren russischer Vermögenswerte im Wert von rund 300 Milliarden Dollar. Doch die Wirkung der Sanktionen verpufft.

Die Sanktionen schaffen den Nährboden, auf dem alternative Strukturen zur Umgehung entstehen. Und bis Ende 2022 hatte die Bundesregierung [keine Informationen](#) über die Wirkung der Sanktionen. Die Wirkung der ersten elf Sanktionspakete hat sich offenbar verflüchtigt: Die [Financial Times](#) berichtet, dass kaum noch russisches Öl unter der Preisobergrenze von 60 US-Dollar verkauft wird, dafür aber Weltmarktpreise von mehr als 80 US-Dollar gezahlt werden. Die Einnahmen aus Öl und Gas machen mehr als 28 Prozent der russischen Staatseinnahmen aus.

Russland hat nun seine Transportkapazitäten erweitert. Ein großer Teil des Erdöls und Erdgases wird jetzt auch im Winter über die Nordroute transportiert. Russland ist das einzige Land, das über zwei nuklear angetriebene Eisbrecher verfügt. Die Ladekapazitäten in den Häfen von Primorsk, Vysotsk und Petersburg sind ausgelastet. Im westlichsten Ostseehafen [Ust-Luga](#) wird derzeit eine neue Gasverflüssigungsanlage gebaut.

Nach Ansicht des ehemaligen Direktors des Royal United Services Institute, Michael Clarke, ist die industrielle Kriegsführung ein Krieg zwischen Gesellschaften. Das russische Militärbudget, so schätzt er, hat sich seit 2021 verdreifacht und wird 2024 rund [30 Prozent der Staatsausgaben](#) ausmachen. Russland [sei militärisch überraschend schwach](#), aber wirtschaftlich deutlich stärker als vom Westen erwartet. Die Sanktionen gegen Russland haben bisher weitgehend ihre Wirkung verfehlt. Doch Russland hat sich auf einen jahrelangen Zermürbungskrieg eingestellt. Moskau will langsam vorrücken und die Ukraine erschöpfen, um die Hoffnungen des Westens auf einen ukrainischen Sieg zu zerstören. Putin strebt ein [grundlegendes Sicherheitsabkommen](#) mit dem Westen an.

Zunächst schien das Kalkül des Westens aufzugehen: Der Rubel befand sich im freien Fall und der Aktienmarkt kam praktisch zum Erliegen. Nach anfänglichen Verlusten von mehr als 40 Prozent seines Wertes erholte sich die russische Währung jedoch und erreichte höhere Werte als vor Kriegsbeginn. Im Jahr 2022 schrumpfte die russische Wirtschaft um 2,2 Prozent. Im Februar [prognostizierte der IWF](#) ein Wachstum von mindestens 0,3 Prozent und 2,1 Prozent im Jahr 2024. Laut einer Wirtschaftsumfrage der [russischen Zentralbank](#) lag die durchschnittliche Wachstumsprognose für 2023 bei 3,1 Prozent. Für 2024 erwarteten die Analysten nur 1,3 Prozent.

Dennoch sinkt [laut einer Studie](#) der kanadischen Zentralbank der Lebensstandard in Russland. Die Studie zeigt jedoch, dass diese Wohlfahrtsverluste erheblich gemildert werden und die Bumerangeffekte auf die sanktionierenden Länder verstärkt werden, wenn Drittländer wie China, Indien und die Türkei nicht mitspielen. Diese Länder profitieren davon. Daher [kann der Westen nur hoffen](#), dass die Maßnahmen langfristig wirken: Es fehlt an Investitionen aus dem Ausland und die Kapitalflucht aus Russland hält an. Dies wird aber bestenfalls das Wachstum der russischen Wirtschaft bremsen.

Die Sanktionen zielten darauf ab, Russland vom internationalen Finanzsystem abzuschneiden und dem Land Hunderte von Milliarden an Devisenguthaben zu entziehen, um den Außenhandel für Moskau unmöglich zu machen. Es kam jedoch zu einer fast vollständigen Entdollarisierung des russischen Handels. Moskau ging dazu über, in den Landeswährungen seiner internationalen Partner, vor allem Chinas und Indiens, zu zahlen. Auf diese Weise konnte die russische Industrie ihr Produktionsniveau in den ersten zehn Monaten des Jahres 2022 halten und verzeichnete im November und Dezember ein Wachstum.

Ein noch stärkeres Wachstum wurde für 2023 erwartet. Niemand hätte erwartet, dass Russland Deutschland und Großbritannien beim Wirtschaftswachstum [überholen würde](#). Die Sanktionen haben Russland zur [stärksten europäischen Wirtschaft](#) gemacht.

Russland ist ein energieautarkes Land und verfügt über viele der wichtigsten Rohstoffe der Welt wie Erdöl und Erdgas. Moskau hat auch eine dominante Stellung auf den Weltmärkten und ist der führende Exporteur von Düngemitteln und Lebensmitteln. Trotz der westlichen Sanktionen bauen 80 Prozent der Welt ihre Zusammenarbeit mit Russland aus. Giganten wie China und Indien erhöhen die russischen Energieimporte. Der Europäische Rat für Auswärtige Beziehungen hat in einer Studie [festgestellt](#): Der Westen ist geeint, aber vom Rest der Welt getrennt.

Im Westen ist immer wieder die Rede davon, dass Russland keine eigene Mikrochip-Produktion aufgebaut hat und bei der Mikroelektronik von westlichen und asiatischen Importen abhängig ist. Aber auch hier greifen die Sanktionen des Westens nicht: Das Importvolumen von CNC-Maschinen

(Computer Numerical Control) aus China, die auch im militärischen Bereich eingesetzt werden, hat sich [verzehnfacht](#) – die Zollerklärungen stiegen von 6,5 Millionen US-Dollar im Februar 2022 auf 68 Millionen Dollar im Juli 2023. Die chinesischen Maschinen haben die europäischen Importe ersetzt.

Tatsächlich berichten Augenzeugen, dass LKW-Ladungen mit digitaler Technologie aus China und Taiwan an die russisch-kasachische Grenze importiert werden – von polnischen und litauischen Speditionsunternehmen. Aber bei Mikrochips ist die Abhängigkeit gegenseitig. Der Westen hat das Know-how, aber nicht die notwendigen Rohstoffe.

Nach einer Untersuchung der Marktforschungsgruppe Techcet müssen die USA beispielsweise 90 Prozent des Neons in Halbleiterqualität aus der Ukraine importieren, während 35 Prozent des benötigten Palladiums aus Russland stammen. Dies bedeutet, dass die US-Chipindustrie auf Materialien aus Russland und der Ukraine angewiesen ist. Russland kann also die amerikanische Halbleiterindustrie genauso stark unter Druck setzen wie umgekehrt. Aus diesem Grund investiert Washington in die Diversifizierung der Lieferketten und Russland in den [Ausbau der Produktion](#).

Russland weiß, wie der französische Historiker Emmanuel Todd geschrieben hat, dass der Dritte Weltkrieg bereits begonnen hat. Wie der Militäranalyst Jacques Baud [zu Recht feststellt](#), gibt es in Russland seit der Sowjetzeit eine ausgefeilte Kriegsphilosophie, die auch wirtschaftliche und politische Überlegungen einschließt. Deshalb haben die Sanktionen gegen Russland seit 2014 eine doppelte Wirkung. Erstens hat der Kreml erkannt, dass dies kein kurzfristiges Problem, sondern eine langfristige Chance ist. Sie ermutigten Russland, zuvor importierte Güter zunehmend selbst zu produzieren. Zweitens wurde Moskau klar, dass der Westen zunehmend wirtschaftliche Waffen als Druckmittel einsetzen würde. Russland musste also seine wirtschaftliche Autarkie stärken.

Russland geht aus diesem Krieg keineswegs geschwächt hervor. Im Gegenteil, es scheint militärisch und wirtschaftlich gestärkt zu sein. General Christopher Cavoli, der Oberste Befehlshaber der USA in Europa (SACEUR), [erklärte](#) vor einem Ausschuss des US-Kongresses: „Russlands Luft-, See-, Raumfahrt-, digitale und strategische Fähigkeiten haben während dieses Krieges keine signifikanten Einbußen erlitten.“

Russland wendet sich strategisch von Europa ab. Das bedeutet, dass eine Stadt wie St. Petersburg ihre historische Funktion verliert. Dagegen formiert sich in den Metropolen eine intellektuelle Opposition. Dem Land fehlt es an ausländischen Investitionen und einer breiteren digitalen Wirtschaft, so dass die zukünftige wirtschaftliche Entwicklung stark gebremst wird. Der Ukraine-Experte Nikolai N. Petro von der Staten Island University [fasst zusammen](#):

Der Westen hat also, wie wir deutlich sehen können, unterschätzt; er hat wirklich nicht verstanden, was Russland überhaupt erreicht hat... Die russische Führung war überrascht, als ihre Bemühungen, den Rubel zu stützen und die Importe zu ersetzen, so schnell erfolgreich waren. Sie dachten, es würde funktionieren, sie hatten einige vorläufige Tests durchgeführt, aber sie hatten nicht erwartet, dass die russische Wirtschaft so schnell und so flexibel in der Lage sein würde, von den alten auf die neuen Produzenten umzuschalten, erstens. Und zweitens die Bereitschaft so vieler nichtstaatlicher Akteure, in einigen Fällen staatlicher Akteure wie Iran und China, Nordkorea und Venezuela, aber auch nichtstaatlicher Akteure, die Auswirkungen der Sanktionen zu

umgehen. Infolgedessen hat sich der Westen auf ein Spiel eingelassen, das im Grunde genommen ein „Verlustspiel“ ist.

Russland wurde nicht „durch Sanktionen zerstört“, wie US-Finanzministerin Janet Yellen versprach. Stattdessen ist die Wirtschaft des Landes gewachsen. Der Oberbefehlshaber der ukrainischen Streitkräfte, General Valery Zalushny, erklärte sogar, dass die Fähigkeiten der russischen Militärindustrie trotz der Einführung beispielloser Sanktionen zunehmen. Es gibt keinen Aufstand gegen den Krieg in Russland, Putins Popularität nimmt nicht ab, und Russland ist weit davon entfernt, diplomatisch isoliert zu sein, wie die schwache Reaktion auf Boykottaufrufe und das wachsende Interesse an von Russland bevorzugten Organisationen [wie BRICS](#) zeigen.

5. Folgen für die deutsche Wirtschaft

Am Ende wird der Westen den Preis für den von ihm provozierten Krieg [zahlen müssen](#). Doch es gibt einen wichtigen Vorbehalt. Im April und Mai 2022 [verabschiedeten](#) der US-Senat und das Repräsentantenhaus das sogenannte *Ukraine Democracy Defense Lend-Lease Act of 2022*. Diese Neufassung des Lend-Lease-Abkommens von 1941 ermächtigt den Präsidenten, allen Anfragen der Ukraine und der ukrainischen NATO-Staaten nach vorhandener US-Ausrüstung zügig nachzukommen. Rückgaben oder fällige Zahlungen werden [für weitere fünf Jahre](#) kein Thema mehr sein.

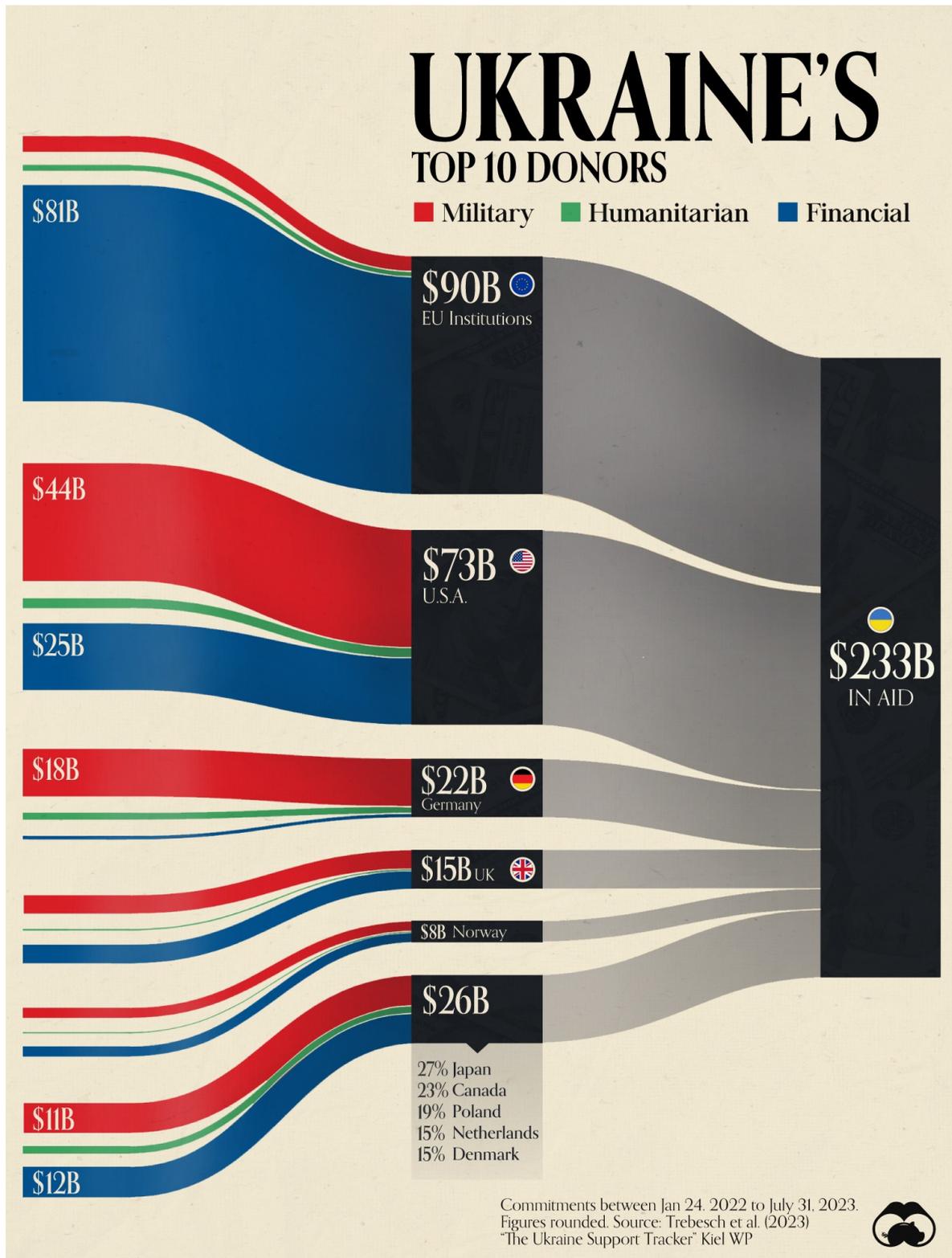
Doch dann werden die meisten Waffen vernichtet. Damit hat Washington die Ukraine in eine langfristige Schuldenfalle in zweistelliger Milliardenhöhe getrieben, aus der sie aus eigener Kraft kaum herauskommt. Die EU wird die Zeche zahlen. Die faktisch bankrotte Ukraine wird seit dem Maidan-Putsch 2014 von der EU und dem Internationalen Währungsfonds finanziell über Wasser gehalten.

Für die USA ist diese Waffenhilfe auf lange Sicht ein gutes Geschäft. Schon nach dem Maidan haben die USA kein eigenes Geld überwiesen, sondern Bankgarantien ausgestellt. Diese gesicherten Kredite belaufen sich auf 113 Milliarden Euro in den Jahren 2022 und 2023. Das bedeutet, dass die USA keinen Cent zahlen müssen, solange die Ukraine die Kredite, die sie von Banken, insbesondere vom IWF, auf der Grundlage von US-Garantien erhalten hat, bedienen kann.

Dieses Geld wiederum kam von der EU, entweder in Form von Darlehen oder in Form von Wirtschaftshilfe, die die Ukraine nicht zurückzahlen muss. Die IWF-Kredite waren an strenge Bedingungen geknüpft. Es ging auch um die Privatisierung von Staatseigentum – also um den Verkauf des Tafelsilbers: z.B. Bergbaurechte oder Schwarzerde. Davon haben US-Unternehmen profitiert. Das Prinzip ist, so [Thomas Röper](#): „Die USA geben Garantien, die US-Firmen verdienen Geld, und die EU zahlt die Rechnung.“

Die EU und ihre Mitgliedstaaten haben der Ukraine kurz- und mittelfristig – vom Beginn des Krieges bis Ende Juli 2023 – insgesamt rund 135 Milliarden Euro zugesagt, die USA fast 70 Milliarden Euro. Dies zeigt, dass es Washington [zunehmend gelingt](#), die EU in die Pflicht zu nehmen. Was die bilaterale Hilfe anbelangt, so ist Deutschland nach den USA inzwischen der [zweitgrößte](#) Unterstützer der Ukraine: Seit Beginn des Krieges bis Ende Oktober 2023 haben die USA 71,4 Milliarden Euro bereitgestellt, gefolgt von Deutschland mit insgesamt 38,3 Milliarden Euro, einschließlich der Beteiligungen an der EU-Hilfe.

Die 10 wichtigsten Geberländer der Ukraine



Seit Beginn der russischen Militäroperation im Jahr 2022 hat die Ukraine über 230 Milliarden Dollar an Hilfe erhalten. Auf EU-Institutionen und die USA entfallen zusammen fast 70 Prozent davon. Diese Grafik verwendet Daten aus dem [Ukraine Support Tracker](#) (IfW Kiel) und stellt den Zeitraum zwischen dem 24. Januar 2022 und dem 31. Juli 2023 dar.

Darüber hinaus liefern die EU-Staaten auch Waffen an die Ukraine, die sie ersetzen müssen. Ein großer Teil dieser Aufträge geht an die US-Rüstungsindustrie. Die Aufträge von US-Rüstungsunternehmen haben sich 2022 im Vergleich zum Vorjahr verdoppelt. Im Jahr 2021 genehmigte die US-Regierung insgesamt 14 größere Waffenverkäufe an NATO-Länder im Gesamtwert von 15,5 Milliarden Dollar. Ende 2022 waren es 24 genehmigte Exporte im Wert von [28 Milliarden Dollar](#). Zusammenfassend könnte man sagen: Die Verluste sind sozialisiert und deutsch, die Gewinne sind privatisiert und amerikanisch.

Mit der Verabschiedung des 2-Prozent-Ziels müssen alle NATO-Staaten ihre Verteidigungsausgaben bis 2024 auf zwei Prozent des BIP erhöhen. Für Deutschland bedeutet dies Verteidigungsausgaben von rund 80 Milliarden Euro, fast 30 Milliarden Euro mehr als 2023. Darüber hinaus hat die Bundesregierung ein „Sondervermögen“ von Krediten in Höhe von 100 Milliarden Euro aufgenommen, das für Rüstungszwecke ausgegeben werden soll. Ein großer Teil dieses Geldes geht an die [US-Rüstungsindustrie](#), z.B. für den überbeuerten Pannjet F-35.

Mittelfristig werden die USA die Last des Krieges und des Wiederaufbaus auf die EU abwälzen. Die Kosten des Ukraine-Krieges sind gigantisch. Jens Berger von den *Nachdenkseiten* beziffert die Gesamtkosten der deutschen Kriegspolitik im Mai 2023 auf 577,4 Milliarden Euro. Bis Mitte des Jahres wurde jeder deutsche Haushalt mit [14.000 Euro](#) durch den Krieg belastet. Weitere soziale Einschnitte stehen an. Auf der Kabinettsitzung im Dezember 2023 wurden Einsparungen von 200 Millionen Euro im Bildungsbereich und 800 Millionen Euro im zivilen Auslandsengagement sowie Steuererhöhungen beschlossen, um die „unerwartete“ Haushaltslücke von 30 Milliarden Euro zu schließen. Gleichzeitig soll die Militärhilfe für die Ukraine in Höhe von 8 Milliarden Euro unangestastet bleiben und [bei Bedarf](#) aufgestockt werden.

Die BRD war im Jahr 2023 das Industrieland mit der schlechtesten Performance der Welt. Sowohl der IWF als auch die EU gehen davon aus, dass die Wirtschaft [weiter schrumpfen wird](#). Ökonomen sehen das Land in einer [Abwärtsspirale](#): „Deutschland wird nicht mit einem großen Knall untergehen. Vielmehr werden wir einen Zustand der Schwäche erleben, wie es in Italien seit rund 20 Jahren der Fall ist.“ Entscheidend dafür ist, dass sich mit der Sprengung der NordStream-Pipelines die Energiefalle für Deutschland geschlossen hat.

Laut dem Forscher Seymour Hersh ist die Zerstörung von NordStream den USA zuzuschreiben. Dies wird durch die regelmäßigen Ankündigungen einer solchen Maßnahme durch amerikanische Politiker gestützt. Hier sind einige Beispiele:

Der damalige US-Außenminister Mike Pompeo im Jahr 2020: „Um die Energiekooperation zwischen Europa und Russland zu beenden, wäre ein erster Schritt, NordStream 2 zu stoppen.“

US-Senator Tom Cotton im Jahr 2021: „Es ist immer noch Zeit, es zu stoppen ... Töten Sie Nord-Stream 2 jetzt und lassen Sie es unter den Wellen der Ostsee verrostern.“

Jake Sullivan, Nationaler Sicherheitsberater der USA im Jahr 2022: „Wir haben den Russen klar gemacht, dass die Pipeline in Gefahr ist, wenn sie weiter in die Ukraine vordringen.“

Senator Ted Cruz im Jahr 2022: „Die Pipeline muss gestoppt werden, und die einzige Möglichkeit, ihre Fertigstellung zu verhindern, besteht darin, jedes verfügbare Mittel dafür einzusetzen.“

US-Präsident Joe Biden, neben Bundeskanzler Olaf Scholz im Jahr 2022: „Es wird keine Nord-Stream 2 mehr geben. Wir werden dem ein Ende setzen.“

Victoria Nuland, Unterstaatssekretärin für Politik: „Ich möchte ganz klar sagen: Wenn Russland auf die eine oder andere Weise in die Ukraine einmarschiert, wird NordStream 2 nicht vorankommen.“

Nachdem NordStream 2 sabotiert wurde, twitterte der ehemalige polnische Außenminister Radek Sikorsky: „Thank you, USA“. Schon am nächsten Tag waren führende Politiker aus Polen, Norwegen und Dänemark anwesend, um die neue norwegisch-polnische Ostseepipeline als Alternative zu NordStream zu eröffnen.

Nuland zeigte sich [begeistert](#): „Ich bin, und ich denke, die Regierung ist es auch, sehr froh zu wissen, dass NordStream 2 jetzt, wie man sagt, ein Haufen Metall auf dem Meeresgrund ist.“

Der Korrespondent der *Washington Post* im Weißen Haus und Vertraute von Außenminister Anthony Blinken, David Ignatius, beschrieb im Mai 2022, dass US-Präsident Biden und die damalige Bundeskanzlerin Angela Merkel im Frühsommer 2021 beschlossen hätten, NordStream 1 und 2 im Falle eines russischen Angriffs zu beschlagnahmen und abzurechen:

Deutschland war ein widerwilliger, aber unverzichtbarer Verbündeter, und die Regierung Biden traf im letzten Sommer eine umstrittene Entscheidung, die wahrscheinlich ausschlaggebend war, um die deutsche Unterstützung gegen Russland zu gewinnen. Biden verzichtete auf eine erste Runde von Sanktionen gegen ein Unternehmen, das die NordStream-2-Pipeline baut, und erhielt im Gegenzug die Zusage von Bundeskanzlerin Angela Merkel, dass NordStream 2 im Falle einer russischen Invasion abgebrochen werden würde. Als die Invasion kam, war Merkel nicht mehr da, aber ihr Nachfolger, Olaf Scholz, hielt das Versprechen ein.

Deutschland ist der mit Abstand größte Verlierer der Sanktionen gegen Russland. Wirtschaftlich haben die Sanktionen einen Bumerang-Effekt. Die Bundesrepublik kann weder russisches Gas und Öl zu ähnlich wettbewerbsfähigen Preisen noch den riesigen russischen Markt ersetzen. Die Auswirkungen der Sanktionen sind nicht bewertet worden. Die Bundesregierung hat die Auswirkungen des Wirtschaftskrieges falsch eingeschätzt. Billiges russisches Erdgas muss durch teures und ökologisch problematisches amerikanisches Fracking-Gas ersetzt werden. Explodierende Energiepreise verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft. Die übereilte Abkopplung vom russischen Markt und seinen Ressourcen hat die deutsche Wirtschaft in die Rezession gestürzt. [BRICS-Beobachter sprechen](#) von einer „Umkehrung des deutschen Wirtschaftswunders“:

Deutschland ist in diesem Fall der weitaus größte Verlierer, da seine industrielle Macht einen beispiellosen Niedergang erlebt hat, fast eine Art Umkehrung dessen, was einst als „deutsches Wirtschaftswunder“ nach dem Zweiten Weltkrieg bezeichnet wurde. Berlin hat die Widerstandsfähigkeit Moskaus falsch eingeschätzt, da es davon ausging, dass der beispiellose Sanktionskrieg gegen Russland tatsächlich funktionieren würde.

Die Sanktionen wirken wie ein Bumerang und zerstören nicht die russische Wirtschaft, sondern die deutsche Wirtschaft. Alle Wirtschaftsverbände haben vor einer De-Industrialisierung gewarnt. ZF Saarbrücken hat angekündigt, bis zu 7.000 Stellen von 10.000 zu streichen. Die BASF streicht 2.600 Stellen, davon 700 im Stammwerk [Ludwigshafen](#). Dies sind nur zwei Beispiele, aber sie

stehen für einen umfassenden Prozess der Deindustrialisierung. Der ehemalige Wirtschaftsmotor Deutschland zieht auch seine Partnerländer in die Rezession. Die gesamte EU befindet sich auf dem Weg der Deindustrialisierung und dauerhaften Verarmung.

Vor allem mittelständische Unternehmen sind die Leidtragenden dieser Entwicklung. Das *Leibnitz-Institut für Wirtschaftsforschung* in Halle bestätigt, dass die Zahl der Insolvenzen im Oktober weiter gestiegen ist. Die [Forscher](#) registrierten mehr als 1.000 Insolvenzen, 2 Prozent mehr als im September und 44 Prozent mehr als im Oktober des Vorjahres.

Laut dem aktuellen Armutsbericht des *Paritätischen Wohlfahrtsverbandes* lag die Armutsquote in Deutschland im Jahr 2021 bereits bei 16,9 Prozent. Das bedeutet, dass bereits [vor dem Krieg](#) 14,1 Millionen Menschen in Armut lebten. Die Tendenz ist auch als Folge des Krieges steigend. Der Wandel vom Sozialstaat zum Rüstungsstaat schreitet voran. Im Mittelpunkt der politischen Argumentation steht nicht mehr der soziale Ausgleich, sondern die Schaffung von Kriegsfähigkeit.

Auch der Einwanderungsdruck aus der Ukraine hält an. Im Oktober 2023 wurden 1,16 Millionen ukrainische Flüchtlinge gezählt. Sie kamen jedoch nicht aus ihrem Heimatland, sondern aus den Niederlanden und anderen Nachbarländern und sind wegen der Sozialsysteme eingewandert. In der Ukraine liegt der Mindestlohn bei 1,41 Euro. Es gibt keinen Anreiz, in ein armes, vom Krieg verwüstetes Land zurückzukehren. In all diesen Ergebnissen steckt eine erhebliche soziale Sprengkraft. Die wachsende Unzufriedenheit mit der Politik der Bundesregierung und ihren sozialen Folgen ist Wasser auf die Mühlen der AfD.

Sergej Karaganow, Mitglied des Wissenschaftlichen Rates des russischen Sicherheitsrates, sagte in einem [Interview](#) mit der *Rossijskaja Gaset*:

Russland hat seine europäische Reise abgeschlossen ... Die europäischen und insbesondere die deutschen Eliten befinden sich in einem Zustand des historischen Versagens. Das Fundament ihrer 500-jährigen Dominanz – die militärische Überlegenheit, auf der die wirtschaftliche, politische und kulturelle Vorherrschaft des Westens aufbaute – ist ihnen entzogen worden. Die derzeitigen westlichen Eliten können mit der Fülle von Problemen, die in ihren Gesellschaften wachsen, nicht fertig werden. Dazu gehören eine schrumpfende Mittelschicht und zunehmende Ungleichheit. Fast alle ihre Initiativen sind gescheitert. Die EU bewegt sich ... langsam aber sicher auf ihren Zerfall zu. Aus diesem Grund haben die europäischen Eliten seit etwa 15 Jahren eine feindliche Haltung gegenüber Russland an den Tag gelegt. Sie brauchen einen äußeren Feind.

Sergej Karaganow folgt der offiziellen russischen Linie, die er in verantwortlicher Position mitgestaltet. Dennoch ist seine Beschreibung der schrumpfenden Mittelschicht, der wachsenden Ungleichheit und der Zentrifugalkräfte innerhalb der EU richtig. Die Abkehr Moskaus von Europa dürfte Folgen haben, die Europa viel härter treffen werden als Russland. All diese Trends stellen soziale Sprengsätze dar, die Europa und Deutschland leicht an den Rand der Unregierbarkeit treiben können.

Die USA werden die Lasten des Krieges und des Wiederaufbaus auf die EU abwälzen. Das Ergebnis ist ein dreistelliger Milliardenbetrag. Die USA haben mit der Ukraine „Lend-Lease“-Verträge nach dem Vorbild des Zweiten Weltkriegs für Waffenlieferungen abgeschlossen. Die Ukraine muss für die geliehenen Waffen noch bezahlen. Dabei geht es um Milliardenbeträge. US-

Senator James Vance fragte kürzlich pointiert, warum man glauben solle, dass die im Haushalt von Joe Biden vorgesehenen 61 Milliarden Dollar der Ukraine zum Sieg verhelfen werden, wenn die bisher gezahlten 111 Milliarden Dollar keinen Durchbruch gebracht haben. Dies sind die bisherigen Ausgaben und Maßnahmen, in denen die Kosten für den Wiederaufbau nicht enthalten sind.

Insgesamt hat der Krieg in der Ukraine zu einer Umverteilung des in Deutschland erwirtschafteten Kapitals von unten nach oben und durch ganz Europa bis nach Amerika geführt.

6. Wirtschaftliche und geostrategische Gründe für den Krieg

Die Sowjetunion versuchte bereits in den 1950er Jahren, eine europäische Friedensordnung zu schaffen. Dies wurde vom Westen abgelehnt. Der irische Historiker Geoffrey Roberts hat Dokumente [entdeckt](#), aus denen hervorgeht, dass der sowjetische Außenminister Molotow den Beitritt der UdSSR zur NATO vorschlug. Der Grund dafür war die sowjetische Kampagne für eine europäische Sicherheitsordnung als Alternative zur Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Der Vorschlag beinhaltete auch die Idee eines wiedervereinigten, neutralen Deutschlands. Der Westen lehnte dies aus zwei Gründen ab: Erstens gewährte der Vorschlag den USA und China nur Beobachterstatus. Zweitens vermutete der Westen, dass der Vorschlag nur dazu diene, den Zusammenhalt der NATO zu schwächen und die Gründung der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft zu verhindern.

Diese Ablehnung ist jedoch ein früher Teil der Strategie der USA, einen Regimewechsel in der Sowjetunion und derzeit in Russland durchzuführen. DIA¹-Generaldirektor Vincent R. Stewart zitierte 2017 vor dem US-Kongress [ein Dokument](#), aus dem hervorging, dass sich Washington sehr wohl bewusst war, wie sehr Moskau die Bemühungen um einen Regimewechsel als Bedrohung wahrnahm:

Der Kreml ist überzeugt, dass die USA den Grundstein für einen Regimewechsel in Russland legen, eine Überzeugung, die durch die Ereignisse in der Ukraine noch verstärkt wird. Moskau sieht die USA als entscheidende treibende Kraft hinter der Krise in der Ukraine und dem Arabischen Frühling und glaubt, dass der Sturz des ehemaligen ukrainischen Präsidenten Janukowitsch der jüngste Schritt in einem seit langem etablierten Muster von US-orchestrierten Regimewechsel-Bemühungen ist, einschließlich der Kosovo-Kampagne, des Irak, Libyens und der Farbrevolutionen von 2003-2005 in Georgien, der Ukraine und Kirgisistan.

Der Westen agiert in der Ukraine Seite an Seite, aber nicht als Einheit. Mit dem Ziel, Russland zu schwächen und zu spalten, wie es der langjährige US-Sicherheitsberater Zbigniew Brzezinski in den 1990er Jahren vorschlug, folgt die heutige Generation europäischer Politiker den US-Neocons.

Auch die Bundesregierung trägt aktiv dazu bei, einen Keil zwischen Deutschland und Russland zu treiben. Berlin versucht, seine Führungsrolle innerhalb der EU zu retten, indem es den USA gegenüber loyal bleibt. Damit hat Berlin die deutsch-französische Zusammenarbeit weiter beschädigt und ihre Effektivität zerstört, die noch gegeben war, als sie 2003 gemeinsam den zweiten Irakkrieg ablehnten. Washington hingegen spaltet die EU zunehmend entlang der Achse Vilnius-Warschau-Kiew

1 Die **Defense Intelligence Agency (DIA)**, deutsch *Verteidigungsnachrichtendienst*) ist ein militärischer Nachrichtendienst der Vereinigten Staaten, der als Dachorganisation der Nachrichtendienste der fünf Teilstreitkräfte Army, Navy, Air Force, United States Coast Guard und Marine Corps dient.

und erzwingt damit eine Verlagerung des politischen und militärischen Gewichts nach Osten an neue anti-russische Frontlinien.

Die EU will Zugang zu den ukrainischen Bodenschätzen (Lithium), zu den Schwarzerden, zu den Seewegen, zu den Absatzmärkten, zu den billigen Arbeitskräften. Wenn sich der Westen gleichermaßen von Russland und China löst, dann braucht die EU z.B. ukrainisches Lithium für ihre Dekarbonisierungsstrategie. Umgekehrt geht es den großen US-Agrarkonzernen um die Kontrolle der Nahrungskette. Monsanto, Elly Lilly, John Deere usw. haben sich in den ukrainischen Schwarzerdeböden eingekauft. Sie besitzen eine Fläche, die größer ist als die gesamte landwirtschaftliche Nutzfläche Italiens. Dies sind die fruchtbarsten Böden der Welt. Die EU und die USA haben die Verwendung von gentechnisch verändertem Saatgut durchgesetzt. Das garantiert kurzfristig maximale Produktivität bei minimalen Löhnen. Nicht nur die Amerikaner, sondern auch die Europäer sind an den Bodenschätzen der Ukraine interessiert.

Der CDU-Bundestagsabgeordnete und Militärexperte seiner Fraktion, Roderich Kiesewetter, [verriet](#), worum es wirklich geht. In der Sendung „Bericht aus Berlin Extra“ erklärte er, dass der Krieg in der Ukraine ein Stellvertreterkrieg nicht nur für die NATO, sondern auch für Deutschland sei und es im Wesentlichen um natürliche Ressourcen gehe:

Wenn Europa die Energiewende vollenden will, braucht es eigene Lithiumvorkommen. Die größten Lithiumvorkommen in Europa liegen in der Region Donezk-Lugansk ... Wir haben also auch hier ganz andere Ziele im Hintergrund. Und deshalb brauchen wir die gemeinsame Anstrengung der Bürgerinnen und Bürger, damit unsere Politiker den Rückhalt haben, mehr für die Ukraine zu tun.

Auch in einem anderen Punkt zeigte sich Kiesewetter erstaunlich offen: „Sie (die Ukraine) führt einen Stellvertreterkrieg.“

Dies wird durch einschlägige Studien belegt. Ulrich Blum, Gregor Borg, Nico Krapp, Hanna Liven-tseva und Iewvgeniia Rozhkova haben die geostrategische Bedeutung von Rohstoffen in der Ukraine [hervorgehoben](#):

Die Ukraine ist reich an Rohstoffen, insbesondere in der Donbass-Region. Dazu gehören Rohstoffe wie Eisenerz und Kohle, die für die erste industrielle Revolution wichtig waren. Aber der Reichtum umfasst auch Nichteisenmetalle und Mineralien für die Batterie-Produktion, insbesondere Lithium, das für die moderne und vor allem grüne Wirtschaft von herausragender Bedeutung ist.

Dies verweist auf die tieferen Gründe für den Krieg. Für die EU geht es nicht nur darum, Russland gegenüber den USA dauerhaft zu schwächen. Es geht auch darum, dem russischen Orbit wichtige Rohstoffvorkommen zu entreißen. Konkret: Auf dem Boden der Ukraine kämpft die EU um ihre zukünftige Rohstoffbasis. Die zitierte Studie [fährt fort](#):

Eine unabhängige Ukraine könnte zu einem wichtigen Konkurrenten Russlands auf dem Rohstoff- und Mineralienmarkt werden. Eine Ukraine, die der EU angehört, könnte sich zu einem strategischen Netzwerkpartner innerhalb der westlichen Volkswirtschaften entwickeln. Magnesium spielt dabei eine wichtige Rolle: China produziert derzeit über 80 Prozent der Weltreserven an Magnesium, einem wichtigen Legierungselement für

Aluminium. Würde Magnesium aufgrund eines Konflikts nicht mehr geliefert, käme ein großer Teil der Aluminiumindustrie – und damit auch der Fahrzeugindustrie – innerhalb kurzer Zeit zum Erliegen.

In den von Russland besetzten und in die Russische Föderation eingegliederten Gebieten gibt es Vorkommen, die Russland ein [Marktmonopol](#) verschaffen könnten:

Unter den Bedingungen der globalen Energiewende, insbesondere der Dekarbonisierung, muss aus Sicht Russlands der Wert seiner fossilen Ressourcen zwangsläufig erodieren. Es ist daher davon auszugehen, dass sein Angriff auf die Ukraine nicht nur machtpolitisch motiviert war, sondern auf den Zugang zu ukrainischen Rohstoffen und Materialien abzielte, die Russlands dominante Position als Rohstofflieferant auch im Zeitalter einer dekarbonisierten Wirtschaft sichern könnten. Ein solches Vorgehen hat Tradition, denn aus russischer Sicht gilt der Osten der Ukraine – der Donbass – seit langem als zentral für die Entwicklung und das Überleben der russischen Wirtschaft.

Insbesondere Lithiumvorkommen spielen eine wichtige Rolle in der Dekarbonisierungsstrategie der EU für Elektromobilität, erneuerbare Energien und Energiespeicherung. Der geringe Grad der Exploration erschwert die Bewertung der Ressourcen. Vorkommen von Pegmatit und Spodumen sind in den Bezirken Saporischja (Kruta Balka), Kirowograd (Dobra-Block) und Donezk (Schewtschenkiw) dokumentiert: Der Gehalt und die Tonnage der Lagerstätten sind geringer als die der Weltklasse-Lagerstätten, aber sie sind noch wenig erforscht und [könnten](#) ein „beträchtliches Potenzial“ haben.

Damit sind die geostrategischen und wirtschaftlichen Gründe für einen Krieg grob umrissen. Es zeichnet sich ab, dass ein geteiltes Europa weder seine politischen noch seine wirtschaftlichen Ziele erreichen kann, sondern auf Dauer auf den Kosten sitzen bleiben wird.

7. Gewinner und Verlierer des EU-Suizids

In der Geopolitik und damit auch in der Weltwirtschaft vollziehen sich lang anhaltende tektonische Verschiebungen. Das Gewicht des Westens nimmt ab; das politische und wirtschaftliche Gewicht verlagert sich in den globalen Süden. Die USA kämpfen um ihre Vormachtstellung, um „full spectrum dominance“. Auch wenn Washington der Nutznießer des Krieges in der Ukraine ist – die USA sind ein Phönix im Flug. Während sich Staaten wie Russland, China, Brasilien, Indien und Südafrika distanzieren, schickt sich Washington an, seine europäischen Satrapen mit in die Tiefe zu ziehen. Bereits 2003 identifizierte Jonathan Schell das Streben der USA nach „full spectrum dominance“ als zentrale Ursache für Kriege und Krisen weltweit.

Der Ukraine-Krieg beschleunigt Chinas Aufstieg zur zweiten Supermacht. China unterstützt Russland, weil es keinen schwachen, von Washington abhängigen Staat in seinem Norden haben will. Damit sichert es sich auch die russischen Rohstoffreserven. Die Drohung mit einem Atomschlag ist Peking jedoch ein Dorn im Auge.

Der Krieg in der Ukraine beschleunigt auch die Unabhängigkeit der BRICS- und BRICS-Plus-Staaten. Doch dies ist ein langer und widersprüchlicher Prozess. Die Entdollarisierung des internationalen Handels, insbesondere von Öl und Gas, hat begonnen, wird aber noch lange dauern. Washington wird sich mit allen Mitteln dagegen wehren, denn ohne die Bindung der Energie-

transaktionen an den Dollar können sich die USA nicht mehr endlos verschulden und Geld drucken. Aber der Trend zu einer multipolaren Welt hält an. Am Ende wird eine neue bipolare Welt entstehen, mit Peking und Washington als antagonistische Pole. Die EU ist zu einer Ansammlung von Satrapenstaaten Washingtons, einer Unterabteilung der NATO, verkommen. Die EU hat einmal als Friedensprojekt begonnen, jetzt ist dieses Friedensprojekt tot. Schon 2016 [sprach](#) Richard Sakwa mit Blick auf den drohenden Krieg in der Ukraine vom „Selbstmord Europas“:

Wir können von einem „neuen Selbstmord“ sprechen, denn der Idealismus, der mit einer ganzen Ära der europäischen Integration verbunden war, hat sich als nichtig und als Illusion erwiesen. Das Herzstück der EU ist ein Friedensprojekt, und dieses Versprechen hat sie in Westeuropa vor 1989 eingelöst. Als sie jedoch in der postkommunistischen Ära vor der nicht minder anspruchsvollen Herausforderung stand, die Spaltungen des Kalten Krieges zu überwinden und die Grundlagen für einen geeinten Kontinent zu schaffen, hat die EU spektakulär versagt. Statt einer Vision, die den ganzen Kontinent umfasst, ist sie kaum mehr als der zivile Flügel des atlantischen Sicherheitsbündnisses geworden ... Der Atlantizismus verzweigt sich immer mehr, während Russland außen vor bleibt (S. 227).

Die EU hat damit ihre zentrale Funktion verloren. Sie ist als Friedensprojekt historisch gescheitert. Übereifrige Atlantiker in der Bundesregierung vertreten nicht die Interessen der deutschen Bevölkerung, sondern die der USA. Die deutsch-französische Achse gibt nicht mehr den Ton an. Das Tandem ist nicht mehr funktionsfähig. Der Grund ist, dass Deutschland zunehmend versucht, seine eigene Führungsrolle in der EU zu behaupten. Dafür gibt jetzt die Achse Washington-Vilnius-Warschau-Kiew den Ton an, [betonte](#) der stellvertretende US-Außenminister James O'Brien im Dezember 2023:

Ohne auf die Vergangenheit zu verweisen, möchte ich betonen, dass die sicherheitspolitische Zusammenarbeit zwischen Polen und den USA immer sehr eng war, unabhängig davon, wie die amerikanische und die polnische Regierung zueinander standen. Heute wollen wir wirklich, dass Polen eine Führungsrolle in der EU übernimmt. Und das ist das erklärte Ziel der neuen Regierung.

Durch die Aufwertung der Ostflanke ist es den USA gelungen, die EU zu spalten. Die östlichen Nachbarn werden nun eingebunden und als Bollwerk gegen Russland unterstützt – militärisch, politisch und finanziell. Damit geraten Deutschland und Europa in den Windschatten der geökonomischen Entwicklung. Wir werden nicht nur zum Hinterhof der USA, sondern auch zum Hinterhof Russlands. Die Energieströme und der Containerverkehr, die Wirtschaftszentren verlagern sich nach Osten und bilden sich entlang der Achse Budapest-Moskau-Astana-Peking. Das hat der Seidenstraßen-Gipfel in der ungarischen Hauptstadt Anfang Dezember deutlich gezeigt.

8. Schlussfolgerungen und politische Maßnahmen

Der Kongress in Washington blockiert derzeit weitere Hilfen für die Ukraine. Damit befindet sich die Regierung Biden in einer Zwickmühle. Die US-Regierung kann ihre Versprechen gegenüber Kiew nicht einhalten. Dies zeigt, dass es Biden nicht gelungen ist, die Skeptiker im Kongress davon zu überzeugen, dass es im Interesse der USA ist, Moskau in der Ukraine zu besiegen. Dies zeigt auch, dass Russland das Hauptziel der NATO im Ukraine-Krieg ist. Der Zweck der Unterstützung

der Ukraine ist nicht die Verteidigung der Ukraine, sondern die Erschöpfung Russlands. Die Ukrainer sind in den Augen der NATO nur Kanonenfutter. Hier zeigt sich der [ganze Zynismus](#) dieses Krieges.

Die USA sind der größte Gewinner in diesem bewaffneten Konflikt. Durch den Ukraine-Konflikt haben sie ihre Kontrolle über ihre europäischen und asiatisch-pazifischen Verbündeten gefestigt und ein Maß an Hegemonie erreicht, das sogar das des Kalten Krieges übertrifft. Die EU ist zu einem Mündel degradiert worden. Ihre Regierungen verhalten sich wie Gouverneure von Washington.

Die Ukraine erleidet durch diese Politik den größten Schaden. Sie kann nur dank der Hilfe der USA überleben. Das Land ist praktisch bankrott. Einerseits versucht die US-Regierung, den Krieg zwischen Russland und der Ukraine durch eine Aufstockung der Waffenhilfe anzuzünden, andererseits kann sie aufgrund fehlender Mehrheiten im Kongress keine Anschlussfinanzierung sicherstellen. Der Krieg in Gaza beansprucht die Aufmerksamkeit der US-Regierungselite, und es wird für die Gesetzgeber immer schwieriger, die Unterstützung der kriegsmüden US-Wähler zu gewinnen. Das bedeutet, dass sich die US-Politik in einem Dilemma befindet.

Trotz dieser Rückschläge wird die US-Regierung ihre Hilfe für die Ukraine nicht einstellen, denn sie hat einen Demonstrationseffekt: Wenn Washington seine Unterstützung einstellt, werden die europäischen Länder nachziehen. Ein schmutziges Spiel hat also begonnen: Wenn die USA ihre Hilfe reduzieren, sind die EU-Länder gezwungen, der Ukraine mehr Unterstützung zu gewähren. Doch in der EU machen die Regierungen einen Rückzieher: Sechs Länder haben sich der Erklärung über Sicherheitsgarantien für Kiew nicht angeschlossen.

Diese Risse in der Front der „Werte“ des Westens werden immer tiefer, je länger die Zermürbungsschlacht in der Ukraine andauert. Der Westen ist nicht in der Lage, Russland militärisch, propagandistisch und wirtschaftlich zu schwächen. Für die Regierung Biden wird der Ukraine-Krieg zu einer Belastung im Wahlkampf. Trotzdem wird der Krieg [weitergehen](#). Denn der Präsident will einen ukrainischen Sieg als diplomatischen Erfolg verkaufen. Deshalb gibt es auch keinen Spielraum für Friedensgespräche.

Der zweite Verlierer ist die EU, insbesondere Deutschland. Von den „europäischen Werten“ ist nichts mehr übrig: Munition mit abgereichertem Uran; Flächenbombardements; Streumunition; Bombardierung ziviler Ziele durch Ukrainer; ein Bündnis mit Nazis in Milizen und der ukrainischen Armee; das Ignorieren ukrainischer Gräueltaten – der Westen hat jede Glaubwürdigkeit, jede moralische Integrität im Rest der Welt verloren. Nicht Russland, sondern der Westen ist weltweit isoliert.

Die Menschen in Asien, Afrika und Südamerika blicken mit Verachtung auf Deutschland und Europa. Der größte Teil der Welt ist sich einig in der Ablehnung dieses von der NATO angezettelten Krieges, in dem das ukrainische Volk abgeschlachtet wird. Niemand im Rest der Welt ist überrascht, dass Russland keine NATO-Raketen vor seiner Nase sehen will. Aber man ist erstaunt, dass der Westen von einem „unprovokierten Angriffskrieg“ schwafelt. Man macht nicht mit bei den Sanktionen und lacht über den wirtschaftlichen Selbstmord [der Deutschen](#).

Denn jetzt kann der globale Süden ungeahnte Möglichkeiten nutzen: China hat die europäischen Autohersteller als Lieferant für den russischen Markt abgelöst. Indien und Saudi-Arabien kaufen russisches Öl und verkaufen es den dummen Europäern mit einem Aufschlag. Ein Dutzend großer

Länder hat sich seit Beginn des Krieges demonstrativ dem BRICS-Bündnis angeschlossen. In der Shanghaier Organisation für Zusammenarbeit (SOZ) sind China und Indien ebenfalls in einem Militärbündnis mit Russland. Was Europa betrifft, so haben die Sanktionen seinen Ruf als sicherer Hafen für Investoren völlig zerstört. Die Beschlagnahmung russischer Vermögenswerte war rechtlich, moralisch und wirtschaftlich unsinnig. Der Ausschluss von russischen Sportlern, Künstlern und Wissenschaftlern ist nicht zu rechtfertigen und stellt eine Bankrotterklärung dar.

Ein Kurswechsel in der deutschen Politik ist daher dringend erforderlich. Die Bundesregierung sollte ihre politische Bindung an Washington beenden und stärker auf einen eigenständigen Kurs setzen. Außenpolitisch wäre es ratsam, sich für einen sofortigen Waffenstillstand und die Aufnahme von Friedensverhandlungen einzusetzen. Nur so kann ein weiteres Blutvergießen und die völlige Zerstörung der Ukraine verhindert werden. Berlin sollte sich aus der Militärhilfe für Kiew zurückziehen und weitere Wirtschaftshilfe für die Ukraine daran knüpfen, dass der Anschlag auf die Nord-Stream-Pipeline aufgeklärt, der Täter bestraft und der Schaden wieder gut gemacht wird.

Das notwendige politische Gewicht kann durch die Reaktivierung der deutsch-französischen Achse erreicht werden. Gemeinsam mit Paris und Rom kann eine friedenspolitische Alternative zum Kurs der US-Neocons formuliert werden. Wirtschaftspolitisch schlage ich vor, die selbstzerstörerischen Sanktionen gegen Russland einseitig aufzuheben, mit Moskau über die Reparatur von NordStream 1 zu verhandeln und die Pipeline wieder in Betrieb zu nehmen. Innenpolitisch wäre eine aktive Industrie-, Struktur- und Bildungspolitik erforderlich, die das 100-Milliarden-Euro-Paket, das für die Rüstung vorgesehen ist, sinnvoll einsetzen könnte. Langfristig ist meiner Meinung nach der Austritt aus der von Washington geführten NATO ein notwendiger Schritt.

Der Krieg in der Ukraine ist die größte militärische, geopolitische und wirtschaftliche Niederlage des Westens seit dem Zweiten Weltkrieg. Aber das ist nicht das Schlimmste. Der Westen, insbesondere die BRD, hat in diesem Krieg alle seine moralischen Werte verraten. Wir haben uns mit dem Blut von Hunderttausenden von Ukrainern und Russen befleckt, für deren Tod auch wir, die deutschen Politiker, Militärs, Rüstungsmanager und Journalisten, verantwortlich sind. Wir sitzen wieder „besudelt unter den Völkern“.

Patrik Baab ist Politikwissenschaftler und Journalist. Seine Berichte und Recherchen über Geheimdienste und Kriege passen nicht in die Propaganda der Staaten und Konzernmedien. Er hat aus Russland, Großbritannien, dem Balkan, Polen, den baltischen Staaten und Afghanistan berichtet. Sein jüngstes Buch ist *Auf beiden Seiten der Front—Meine Reisen in die Ukraine* ([On Both Sides of the Front—My Travels in Ukraine](#)). Mehr über ihn auf seiner [Website](#).